

Grüne sorgen sich um den Automobilstandort

Land soll sich für Rußfilter bei Dieselmotoren stark machen und so die Zulieferindustrie stärken
Stuttgart - Baden-Württemberg muss sich stärker für die Einführung von Diesel-Rußfiltern einsetzen, meinen die Landtagsgrünen und warnen vor Nachteilen für den Automobilstandort.

VON ARNOLD RIEGER

„Die Arbeitsplätze bei der Zulieferindustrie sind in Gefahr“, sagte am Mittwoch der Abgeordnete Boris Palmer. Hiesige Unternehmen wie Bosch oder Eberspächer hätten Millionen in die Entwicklung von Diesel-Rußfiltern investiert - im Vertrauen auf Steuervorteile für saubere Pkw. Den Widerstand der deutschen Automobilwirtschaft gegen solche Pläne hält er deshalb für kurzfristig,

vor allem aber schädlich für die hiesige Fahrzeugindustrie: „Für die Automobilregion Stuttgart ist der Rußfilter so wichtig wie der Reifen für das Auto.“

Seine Fraktion will deshalb die Landesregierung in die Pflicht nehmen, um den Rußfiltern den Weg zu bereiten und so zu einer

besseren Luftqualität beizutragen. Das könnte etwa mit einem Förderprogramm für die Nachrüstung von Omnibussen geschehen, meint Palmer, der für die Grünen demnächst ins Rennen um den Stuttgarter OB-Sessel gehen will. Die Landesregierung könnte aber auch ihre Dienstwagenflotte mit Rußfiltern nachrüsten.

Vor allem aber soll das Land erneut im Bundesrat vorstellig werden, um für Autos, deren Abgase nicht mehr als 2,5 Milligramm

Staub pro Kilometer ausstoßen, Steuervorteile zu erreichen - ganz so, wie es der Grünen-Bundesumweltminister Jürgen Trittin vor wenigen Wochen versucht hatte, damit aber am Widerstand von Bundeskanzler Gerhard Schröder und letztlich der Automobilindustrie gescheitert war. Die Unternehmen befürchten Nachteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz, die ihre Wagen zum Teil schon serienmäßig mit Rußfiltern ausrustet, und setzen auf alternative Motortechniken, um den Dieselmotor sauberer zu machen. Außerdem fordern sie von der EU

eine neue, einheitliche Abgasnorm.

Unterstützung erhalten die Grünen vom baden-württembergischen Städtetag. Da sich auf Bundesebene keine freiwillige Lösung abzeichne, solle sich Baden-Württemberg dort „nachdrücklich“ für die Einführung von Partikelfiltern einsetzen, heißt es in einem Brief des Verbands an Umweltminister Ulrich Müller.

Bei dem CDU-Mann rennen Grüne und Städtetag im Prinzip offene Türen ein. Erst am vergangenen Freitag hat der Bundesrat auf Antrag von Baden-Württemberg und Berlin eine Entschließung verabschiedet, die sich für steuerliche Vorteile für saubere Dieselmotoren ausspricht. Doch Palmer hält dies nicht für glaubwürdig. Denn gleichzeitig verlange der Bundesrat auch, die Abgasvorschriften der EU zu lockern und auch andere Technologien als den Rußfilter steuerlich zu fördern, moniert er. Diese Taktik diene weder der Luftreinhaltung noch dem Automobilstandort.